

A1 - VorwortNEU3 Zusammen für eine gute Zukunft im Rhein-Pfalz-Kreis

Antragsteller*innen:

Text

1 Wir alle stehen vor großen Herausforderungen. Der heiße Sommer und die
2 Trockenheit in diesem Herbst mit dem Niedrigwasser im Rhein zeigen uns
3 überdeutlich: Der Klimawandel hat uns längst erreicht und Daten und Fakten
4 zeigen, dass Rheinland-Pfalz sogar stärker betroffen ist als andere Regionen
5 Deutschlands! Globale Veränderungen wie die zunehmende Erderwärmung machen es
6 zwingend erforderlich, dass wir vor Ort gemeinsam Antworten finden wie wir in
7 Zukunft mit Klima- und Naturschutz umgehen. Das gilt insbesondere für die
8 wichtigen Bereiche Mobilität und Verkehr. Denn wir alle wollen komfortabel und
9 sicher von A nach B kommen – gleichzeitig müssen wir die klima- und
10 umweltschädlichen Emissionen gerade in diesem Bereich deutlich senken.

11 Vieles spricht dafür, dass sich unsere Gesellschaft auseinanderentwickelt und
12 der Zusammenhalt schwindet. Auch auf diese und andere Entwicklungen in unserer
13 Gesellschaft müssen wir in unserem Kreis Antworten finden mit konkreten
14 Vorschlägen – und auch positiven Visionen, für die es sich lohnt gemeinsam
15 einzusetzen.

16 Wenn große Veränderungen anstehen, ist es wichtig, dass sich viele Bürgerinnen
17 und Bürger einbringen und beteiligen. Transparenz, Offenheit und
18 Partizipationsmöglichkeiten in den Entscheidungsprozessen sind dabei ganz
19 wichtig. Denn nur so können gute Vorschläge auch von allen Menschen kommen.

20 Mit diesem Programm bringen wir Grünen uns intensiv und konstruktiv ein. Wir
21 machen zahlreiche konkrete Vorschläge zu wichtigen Fragen, die unseren Rhein-
22 Pfalz-Kreis berühren, zu Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität, Wohnungspolitik,
23 politischer Beteiligung und Vielem mehr. Wir schreiben in diesem Programm, wie
24 eine positive Zukunft in unserem Kreis aussehen könnte und wofür wir uns in den
25 kommenden fünf Jahren mit ganzer Kraft einsetzen wollen.

26 Unser Wahlprogramm richtet sich an alle Generationen, an Kinder und Jugendliche,
27 an Menschen, die berufstätig sind und an die Älteren. Unsere Ansätze
28 unterscheiden dabei nicht zwischen Menschen verschiedener Schichten und
29 gesellschaftlichen Gruppen.

30 Wir haben uns im Kreistag und in vielen Gemeinderäten im Kreis in den letzten 5
31 Jahren konstruktiv eingebracht und etliche Erfolge erzielt wie beispielsweise
32 eine Ehrenamtskarte und 100% Ökostrom in kreiseigenen Liegenschaften. Aber es
33 gibt noch sehr viel zu tun. In den nächsten fünf Jahren wollen wir mit einer
34 größeren Fraktion im Kreistag noch viel stärker mitgestalten und Verantwortung
35 übernehmen. Die vielen großen Fragen und Aufgaben unserer Zeit machen es so
36 wichtig, dass die Grüne Stimme auch in unserem Kreis gestärkt wird. Für eine
37 gute Zukunft für alle Menschen in unserem Kreis. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir
38 dieses Ziel erreichen.

39
40 Treten Sie gerne in Kontakt mit uns!

41 Armin Grau für den Vorstand

A2 - politische KulturNEU2 Zusammen für eine neue Diskussionskultur im Kreis

Antragsteller*innen:

Text

42 Unser gemeinsames Ziel ist, dass die bevorstehende Wahl einen lange erwarteten
43 politischen Wandel mit sich bringt. Es reicht mit GroKo im Kreis! Wir GRÜNE
44 stehen für mehr demokratische Kultur, für mehr Bürgerbeteiligung und mehr
45 Transparenz und Mitbestimmung in den politischen Gremien. Wir stehen für offene
46 Diskussionen und nachvollziehbare Entscheidungen, die eine positive Zukunft in
47 unserem direkten Lebensraum ermöglichen und alle Menschen mitnehmen. Wir fördern
48 zivilgesellschaftliches Engagement, wie beispielsweise in Agenda Arbeitskreisen
49 und den vielen ehrenamtlich getragenen Vereinen. Wir fördern die Arbeit in
50 Jugendgemeinderäten in vielen Gemeinden unseres Kreises. Wir wollen noch mehr
51 Beteiligung junger Menschen, sodass mehr Jugendliche bereits früh in
52 demokratische Prozesse integriert sind. Davon können wir alle profitieren. Nach
53 wie vor sind noch bei weitem nicht genügend Frauen in der Politik und in den
54 Verwaltungen in Führungspositionen. Wir GRÜNE treten an, das zu ändern.

55 In der politischen Auseinandersetzung zeichnet sich ein zunehmender Missbrauch
56 der Sprache als verhetzendes Propagandamittel ab. Worten folgen Taten, die am
57 Ende zu einer menschenfeindlichen Politik der Intoleranz und Aggression führen.
58 Gerade unser Kreis bildet den traurigen Spitzenplatz bei der Anzahl
59 rechtsradikaler Straftaten in Rheinland-Pfalz. Wir GRÜNE treten daher
60 entschieden rechter Hetze auf der Straße wie in den Parlamenten entgegen und
61 solidarisieren uns mit den Opfern menschenverachtender Gewalt und Rhetorik. Mit
62 klaren Argumenten und sachlicher Sprache setzen wir uns für eine offene und
63 vielfältige Gesellschaft ein, in der die Gleichberechtigung aller
64 selbstverständlich ist.

65 Wir GRÜNE setzen uns daher für die folgenden Punkte ein:

- 66 • Wir werden uns für die konsequente Umsetzung des
67 Landesgleichstellungsgesetzes in den Verwaltungen einsetzen und wollen die
68 Rolle der Gleichstellungsbeauftragten stärken
- 69 • Wir wollen Politik attraktiv machen für Familien und setzen uns daher
70 dafür ein, dass während der Sitzungen eine Betreuung für Kinder durch die
71 Kommune zur Verfügung gestellt wird. Denn häufig scheitert das politische
72 Engagement der Eltern an den Sitzungszeiten der Gremien.
- 73 • Wir werden die Entwicklung einer digitalen Jugendplattform, die als
74 Anlaufstelle für die Anliegen junger Menschen im Kreis (ihre Fragen,
75 Verbesserungsvorschläge und Beschwerden) dient, beginnen.
- 76 • Wir werden den in „Agenda 21“-Arbeitskreisen (thematische Arbeitskreise
77 unabhängig von politischen Gremien) aktiven Bürgerinnen und Bürgern
78 deutlich mehr politischen Einfluss ermöglichen, so sollen diese
79 Arbeitskreise ein Antragsrecht im Rat bekommen.
- 80 • Auch auf Haushaltentscheidungen sollen Bürgerinnen und Bürger Einfluss
81 nehmen können. Schon jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger die
82 Möglichkeit, Anträge zum Haushalt zu stellen. Nur viel zu wenige Menschen

- 83 kennen diese Möglichkeit. Und Haushaltszahlen sind wenig transparent für
84 die BürgerInnen aufgearbeitet. Wir werden daher eine Kampagne starten,
85 welche die BürgerInnen über ihre Einflussmöglichkeiten informiert und die
86 Haushaltszahlen so aufbereiten, dass sie für alle verständlich sind.
- 87 • Wir werden darüber hinaus einen Betrag im Haushalt zur Verfügung stellen,
88 über den die BürgerInnen in einem öffentlichen Antragsverfahren über eine
89 Beteiligungsplattform entscheiden können, wie dies bereits in anderen
90 Städten umgesetzt wurde.
- 91 • Wir wollen schrittweise kostenfrei Daten als „Open Data“ zur Verfügung
92 stellen und werden möglichst viele öffentliche Daten auf die
93 Transparenzplattform des Landes einstellen. Denn nur auf Basis von frei
94 und leicht zugänglichen, guten Informationen, können sich Menschen an
95 politischen Prozessen beteiligen.
- 96 • Auf Landesebene haben wir GRÜNE bereits die Voraussetzungen für
97 öffentliche Sitzungen geschaffen. Wir setzen uns im Kreis dafür ein, dass
98 politische Gremien stets öffentlich tagen, es sei denn, der Ausschluss der
99 Öffentlichkeit ist gesetzlich vorgeschrieben.
- 100 • Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und schrittweise
101 alle Verwaltungsdienstleistungen für die BürgerInnen im Kreis online zur
102 Verfügung stellen (E-Government). Damit schaffen wir eine bürgernahe
103 Verwaltung, die den Menschen Zeit und Wege erspart.
- 104 • Sitzungsprotokolle, Anträge und Entscheidungen des Kreistags und der
105 Gemeinderäte müssen für jedermann und jede Frau online einsehbar sein. Wir
106 setzen uns somit für die benutzerorientierte Weiterentwicklung des Rats-
107 und Bürgerinformationssystems ein und für die Verbesserung der digitalen
108 Infrastruktur.

A3 - Bildung und SozialesNEU2 Zusammen für ein gutes Zusammenleben im Kreis

Antragsteller*innen:

Text

109 ... für unsere Kinder und Familien

110 Im Rhein-Pfalz-Kreis gibt es in den letzten Jahren eine Zunahme an
111 Ganztagsplätzen in allen Kindertageseinrichtungen zu verzeichnen. Das ist gut
112 so. Sie sind aber nicht ausreichend. Die Nachfrage auf Seiten der Eltern ist
113 immer noch größer als das vorhandene Angebot. Auch bei einem zunehmenden Angebot
114 an Ganztagschulen hat ein Hortangebot für Schulkinder nach wie vor seine
115 Berechtigung. Die vielerorts vorhandene „Betreuende Grundschule“ kann dies nur
116 ansatzweise ersetzen, da die professionelle pädagogische Betreuung im Hort
117 besser ist.

118 Es fehlen nicht nur wichtige Ganztagsplätze, oft sind auch die Öffnungszeiten
119 von Kitas nicht ausreichend, um berufstätigen Eltern ein stressfreies Bringen
120 und Abholen ihres Kindes zu ermöglichen. Der Rhein-Pfalz-Kreis betreibt zwar
121 keine eigenen Kitas, er kann aber als maßgebliche Planungsbehörde bei den Kita-
122 Trägern darauf hinwirken, dass die Öffnungszeiten elternfreundlicher gestaltet
123 werden.

124 Viele Familien benötigen Unterstützung, die über das Betreuungsangebot in der
125 Kindertagesstätte hinausgeht. Je früher die Hilfe einsetzt und je einfacher
126 zugänglich sie ist, desto besser ist dies für die Kinder. In manchen Städten und
127 Gemeinden haben Kindertagesstätten begonnen, über ihre Kernaufgabe hinaus
128 Hilfsangebote wie Erziehungsberatung, Sozialberatung, Deutschkurse für
129 Migranten/innen, Vermittlung von Familienpaten/innen und vieles mehr zu
130 organisieren. Dies geht aber nur mit zusätzlichen personellen und finanziellen
131 Ressourcen.

132 • Wir setzen uns für die Schaffung weiterer Ganztagsplätze in Kitas in den
133 Gemeinden des Rhein-Pfalz-Kreises ein.

134 • Wir wollen eine Förderung und einen Ausbau des Hortangebotes im Rhein-
135 Pfalz-Kreis.

136 • Wir legen Wert auf familienfreundliche Öffnungszeiten von Kitas. Der
137 Rhein-Pfalz-Kreis soll zusätzliches Personal zur Abdeckung erweiterter
138 Öffnungszeiten genehmigen. Bei weitergehendem Bedarf ist von Seiten des
139 Jugendamtes ein Ausbau und eine Vernetzung mit einer Kindertagespflege
140 herzustellen.

141 • Wir wollen bei zu genehmigenden Personalveränderungen im Einzelnen – im
142 Sinne der betreuten Kinder und der pädagogischen Fachkräfte – zusätzliche
143 weitere Stellenanteile einfordern, insbesondere dort wo finanziell
144 benachteiligte Familien wohnen.

145 • Wir GRÜNE begrüßen die Initiativen von Kita-Trägern und Eltern, ihre Kita
146 weiterzuentwickeln mit einem breiteren Angebot für Eltern und Familien.
147 Wir setzen uns dafür ein, dass der Rhein-Pfalz-Kreis ein Förderprogramm

148 auflegt zur Förderung von Kitas bei der Weiterentwicklung zu
149 Familienzentren.

- 150 • Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis sich gemeinsam mit Verbänden und
151 Vereinen sowie Unternehmen und Kommunen im Kreis auf den Weg macht, ein
152 familienfreundlicher Kreis zu werden. Als eine erste Maßnahme werden wir
153 eine Familienkarte einführen, die Familien mit mindestens einem Kind
154 Vorteile bei der Nutzung von öffentlichen Angeboten wie Bibliotheken, der
155 Kreis-Musikschule, kulturellen Angeboten und dem ÖPNV im Kreis gibt.

156 ... für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung (Inklusion)

157 Eltern von Kindern mit einer Behinderung haben Wahlmöglichkeiten zur
158 bestmöglichen Förderung ihres Kindes – sei es in einem Förderkindergarten/einer
159 Förderschule oder einer regulären Kindertagesstätte/Schule. Im Bereich der
160 Inklusion sind in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt worden, aber es
161 bedarf noch weiterer Ressourcen zur Förderung dieser Kinder. Insbesondere
162 benötigen die Einrichtungen ausreichendes Fachpersonal, um arbeitsfähige
163 Strukturen aufrecht erhalten zu können.

- 164 • Wir fordern ausreichend qualifiziertes Personal zur Integration von
165 Kindern und Jugendlichen mit inklusivem Bedarf.

- 166 • Insbesondere begrüßen wir die Festanstellung von besonders geschultem
167 Personal wie Heilpädagoginnen in Kindertagesstätten und Förderlehreinnen
168 an Schulen.

169 ... in unseren Schulen

170 Der Rhein-Pfalz-Kreis verfügt über sechs Realschulen PLUS, zwei Gymnasien und
171 eine Integrierte Gesamtschule. Von den Realschulen PLUS findet nur eine Schule
172 (Peter-Gärtner-Schule in Böhl-Iggelheim) in integrierter Form statt. An der
173 einzigen Integrierten Gesamtschule (IGS Mutterstadt) müssen jährlich ca. 2/3 der
174 angemeldeten SchülerInnen abgelehnt werden.

175 Seit vielen Jahren arbeiten an zahlreichen Schulen im Rhein-Pfalz-Kreis
176 SchulsozialarbeiterInnen. Bei auftauchenden Problemen arbeiten sie eng mit der
177 jeweiligen Schulleitung und den Lehrkräften zusammen, stehen allen SchülerInnen
178 beratend zur Seite und sorgen mit für ein gutes Schulklima. Sie werden an diesen
179 Schulen gebraucht; sie sind dort nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig sind dies
180 in aller Regel nur Teilzeitstellen; die SchulsozialarbeiterInnen sind mit einer
181 Vielzahl von Anfragen und Aufgaben überlastet.

182 Eine gute Ernährung ist essentiell für unsere Kinder. Immer mehr Menschen
183 ernähren sich nicht ausreichend gesund. Zwar achtet der Kreis schon bei seinen

184 weiterführenden Schulen auf ein möglichst ausgewogenes Angebot, auch mit
185 regionalem und biologischem Essen. Gutes Essen ist uns aber auch etwas wert.

186 • Wir fordern weiterhin, dass im Rhein-Pfalz-Kreis eine zweite Gesamtschule
187 eingerichtet wird.

188 • Wir werden die Anzahl der SchulsozialarbeiterInnen und deren
189 Stellenanteile Schritt für Schritt ausweiten.

190 • Wir unterstützen Initiativen, die die Ernährung in Schulen optimal
191 gestalten wollen und eine Zertifizierung der Ernährung nach DGE Standard
192 (Sterne Zertifizierung) anstreben. Auch Schulgärten unterstützen wir und
193 regen eine Zusammenarbeit mit den Landfrauen in der Ernährungsbildung an.
194 Wir wollen den Anteil an regionalem und biologischem Essen in der
195 Ernährung deutlich steigern. Als Kreistag werden wir hierfür das
196 notwendige Geld zur Verfügung stellen.

197 • Wir wollen unsere Schulen fit machen für die digitale Zukunft und diese
198 mit der geeigneten technischen Infrastruktur ausstatten, damit die
199 SchülerInnen früh den Umgang mit digitalen Medien lernen und durch
200 Hilfsmittel von digitaler Bildung profitieren können.

201 • Wir GRÜNE streben in der Fraktion und in den Ausschüssen einen
202 regelmäßigen Austausch mit den SchülerInnen-Vertretungen an.

203 • Wir wollen Strukturen schaffen und fördern, die eine Beteiligung der
204 SchülerInnen- wie Eltern-Vertretung an schulpolitischen Entscheidungen
205 gleichermaßen ermöglicht.

206 • Wir fördern Projekte und Initiativen der Demokratiebildung an Schulen und
207 wollen das Programm „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ im Kreis
208 weiter unterstützen.

209 ...für engagierte Jugendliche

210
211 Das ehrenamtliche Engagement ist in unserem Kreis eine wichtige Stütze des
212 sozialen und gesellschaftlichen Lebens. Gerade Jugendliche stehen aber immer
213 mehr vor der Herausforderung, neben schulischen Verpflichtungen und
214 Freizeitaktivitäten noch ausreichend Zeit für ihr ehrenamtliches Engagement zu
215 finden. Um so mehr verdient ihr Einsatz für die Gesellschaft Anerkennung und
216 Wertschätzung.

217 • Wir setzen uns ein für die Überarbeitung der Vergünstigungen die der Kreis
218 den InhaberInnen der „JULEICA“ (JugendleiterIn Card) gewährt. Dies soll in
219 Kooperation mit Schulen und Unternehmen im Kreis umgesetzt werden.

220 • Wir setzen uns für ein Kreisjugendkonzept, das die Jugendarbeit in allen
221 Bereichen vernetzt und ausbaut. Dazu gehört die Gründung von
222 Jugendgemeinderäten, falls noch nicht vorhanden, sowie die Entwicklung
223 alternativer, projektbezogener Beteiligungsformen für Jugendliche. Dabei
224 wollen wir auch die vorhandenen Landesmittel der Jugendstrategie nutzen.
225 Wir unterstützen diese Formen der politischen Mitwirkung und setzen uns

226 für geeignete städtische Räumlichkeiten ein. Besonders Jugendlichen wollen
227 wir eine Stimme geben und sie für Demokratie begeistern.

228 ... für alle Menschen im Kreis

229 Die EinwohnerInnen im Rhein-Pfalz-Kreis mit ihrer Lage zwischen den Städten
230 Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal sind – statistisch betrachtet – im
231 Vergleich mit anderen Landesteilen sehr wohlhabend. In unmittelbarer Nähe
232 befinden sich zahlreiche namhafte Unternehmen und Institutionen, die gut
233 bezahlte Arbeitsplätze bieten.

234 Von der Politik leicht vergessen wird dabei der Bevölkerungsanteil mit niedrigen
235 Einkommen. Nicht nur für MigrantInnen fehlt bezahlbarer Wohnraum, sondern auch
236 für viele andere Menschen. Nicht nur SchülerInnen, ältere Menschen und Menschen
237 mit Behinderung brauchen den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Der bisher
238 vorherrschenden Politik fehlt es aber am geschärften Blick auf diese
239 alltäglichen Situationen vieler Menschen. Während es in den Städten schon seit
240 einigen Jahren das Instrument des „Armutsbereichs“ gibt, ist dies im Rhein-
241 Pfalz-Kreis bislang kein Thema.

242 Der Rhein-Pfalz-Kreis und seine Gemeinden haben sich bei der Aufnahme und der
243 Integration zahlreicher Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern in
244 den zurückliegenden drei Jahren – seit 2015 – sehr engagiert. Insbesondere das
245 Sozialamt des Kreises, die SozialarbeiterInnen in den Gemeinden und die
246 zahllosen ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen sind hier dankend hervorzuheben.
247 Sie haben dabei geholfen, den zu uns geflüchteten Menschen eine Bleibe zu geben
248 und sie bei den ersten Schritten in Deutschland zu begleiten.

- 249 • Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Rhein-Pfalz-Kreis mit seinen
250 Gemeinden zusammensetzt und sich erstmals einen Überblick über die
251 Lebenssituation zahlreicher Menschen verschafft mit Hilfe eines
252 „Armutsbereichs“.
- 253 • Wir wollen ein Förderprogramm „Integration“ das es Verbänden, Vereine, und
254 anderen ermöglicht, integrative Projekte umzusetzen.
- 255 • Wir setzen uns für die Schaffung einer Stelle eines/einer
256 Integrationsbeauftragten in der Kreisverwaltung ein, der/die ein
257 Integrationskonzept erarbeitet, welches u.a. auch die Erhöhung des
258 Migrantenteils in der öffentlichen Verwaltung vorsieht.

259 (Wird von Walter noch ausformuliert) Der Rhein-Pfalz-Kreis ist der Gemüsegarten
260 Deutschlands. Zahlreiche Erntehelfer arbeiten auf den Feldern im Landkreis.
261 Nicht immer erhalten sie den gesetzlichen Mindestlohn, werden bei ihnen
262 Sozialabgaben abgeführt oder Arbeitszeitgesetze eingehalten.

- 263 • Wir setzen uns für eine Beratungsstelle für Wanderarbeiter ein, gemeinsam
264 mit den existierenden Beratungsstellen in Mainz oder Mannheim. (bis hier)

265 Glücklicherweise werden wir immer älter, eine Entwicklung, die aber auch mehr
266 Pflegebedürftigkeit im Alter mit sich bringt. Viele Menschen, die Pflege
267 benötigen, wünschen sich zu Hause bleiben zu können oder zumindest wohnortnah in
268 der Gemeinde gepflegt werden zu können. Hier helfen individuelle Wohn- und
269 Pflegeformen und Tagespflege in der Gemeinde anstelle eines weiteren Ausbaus

270 großer Pflegeheime. Um die Selbstbestimmung der Menschen auch im Alter zu
271 sichern, brauchen wir eine gesicherte und menschenwürdige Pflege im selbst
272 gewählten Wohnumfeld, u.a. Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege.

273 Oft wird davon gesprochen, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Orte der
274 Begegnung sind ein Mittel gegen diese Entwicklung. Mehrgenerationenhäuser sind
275 offene Begegnungsorte, in denen das Miteinander von Menschen verschiedener
276 Altersgruppen mit unterschiedlichem kulturellem und sozialem Hintergrund aktiv
277 gelebt werden soll. Sie bieten Raum für gemeinsame Aktivitäten und schaffen ein
278 nachbarschaftliches Miteinander in der Kommune. In einem
279 generationenübergreifenden Ansatz helfen Jüngere Älteren und umgekehrt. Im
280 Mittelpunkt steht ein offener Treff, z.B. als Caféstube. Darum herum können eine
281 Vielzahl von speziellen Angeboten entstehen wie Betreuungs-, Lern- und
282 Kreativangebote für Kinder und Jugendliche, Weiterbildungskurse für den (Wieder-
283) Einstieg in den Beruf, Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und deren
284 Angehörige, Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten und vieles mehr. Basis
285 ist dabei immer das freiwillige bürgerliche Engagement. Das Mehrgenerationenhaus
286 in Limburgerhof besteht seit 10 Jahren und ist ein gelungenes Beispiel für diese
287 Begegnungsorte.

- 288 • Wir setzen uns ein für ergänzende Pflegeangebote in den Gemeinden, die den
289 Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.
- 290 • Wir setzen uns dafür ein, dass diese Punkte in einer überfälligen
291 Überarbeitung des Pflegestrukturplans des Kreises Berücksichtigung finden.
- 292 • Wir setzen uns für weitere Mehrgenerationenhäuser in den Gemeinden unseres
293 Kreises ein.

A4 - Wohnen und BauenNEU2 Zusammen für mehr bezahlbares Wohnen im Kreis

Antragsteller*innen:

Text

294 Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum für die Menschen im Rhein-Pfalz-Kreis. Bei
295 steigenden Mieten und Grundstückspreisen wissen viele Menschen nicht mehr, ob
296 sie eine Familie gründen und eine entsprechend große Wohnung bezahlen können.
297 Und für viele ältere Menschen fehlt barrierefreier und angemessener Wohnraum.
298 Der Rhein-Pfalz-Kreis und seine Gemeinden haben mit dem Kreiswohnungsverband ein
299 wichtiges Instrument an der Hand, welches allerdings ungenügend zum Einsatz
300 kommt. Nach Jahrzehnten des Stillstands aufgrund der CDU-SPD Regierung im Kreis
301 wird erst seit jüngster Zeit wieder neuer sozialgebundener Wohnraum geschaffen
302 und an Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein vergeben – das geht auf GRÜNE
303 Anträge zurück. Dass über Jahrzehnte keine neuen Wohnungen mit Förderung
304 geschaffen wurden, rächt sich schon jetzt: Denn durch den jahrelangen Baustopp
305 fehlen den Menschen mit niedrigen Einkommen die so dringend notwendigen
306 bezahlbaren Wohnungen.

307 Wir müssen uns daher deutlich mehr anstrengen, die Menschen im Kreis zeitnah und
308 ausreichend mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Wir halten dies für eine
309 zentrale Aufgabe der Zukunft. Um den Flächenverbrauch gering zu halten,
310 plädieren wir dabei für eine kluge Politik in den Gemeinden nach dem Prinzip
311 „Innen vor Außen“, das heißt Flächen im Innenbereich der Gemeinden sollen
312 bevorzugt genutzt werden. Wir werden:

313 • erst Leerstände beseitigen, dann neu bauen! Wir wollen bei Bedarf
314 Leerstandskataster in den Ortskernen erstellen und dafür das Programm
315 Raum+Monitor des Landes Rheinland-Pfalz anwenden. Wir werden konsequent
316 gegen Leerstand in den Gemeinden vorgehen und dabei auch das Vorkaufsrecht
317 der Gemeinden nutzen. Wir werden die Folgekosten von neuen Wohngebieten
318 mit dem Folgekostenrechner des Landes berechnen, bevor wir sie bauen. Denn
319 es ist ein hoher Aufwand, Infrastruktur zu bauen und nicht immer
320 nachhaltig im Sinne einer guten Ortsentwicklung und vor dem Hintergrund
321 des demografischen Wandels.

322 • Wir werden in den Gemeinden unsere Möglichkeiten im Baurecht nutzen und 50
323 % Mehrgeschosswohnungsbau in Bebauungsplänen durchsetzen. Anstatt
324 ausschließlich in Einfamilienhäusern nur jeweils einer Familie Platz zu
325 schaffen, wollen wir in jedem zweiten neu gebauten Haus auf derselben
326 Fläche drei Familien die Möglichkeit geben, bezahlbar und klimaschonend zu
327 wohnen.

328 Für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

329 • Wir streben es an, die jährliche Bautätigkeit des Kreiswohnungsverbands zu
330 verdoppeln. Wir werden dafür dem Kreiswohnungsverband die notwendigen
331 Gelder zur Verfügung stellen um neues Personal einzustellen und um diese
332 Aufgaben leisten zu können, über Zuschüsse durch die Mitgliedsgemeinden

- 333 des Verbands und den Kreis. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die
334 Gemeinden dem Kreiswohnungsverband Flächen zur Verfügung stellen.
- 335 • Einen/eine Koordinator/in für den Wohnraum auf Kreisebene einsetzen,
336 der/die den Bedarf an bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum erfasst und
337 bei der Verbesserung des Angebots unterstützt.
 - 338 • Wir werden in den Gemeinden darauf drängen, die dafür notwendigen
339 Grundstücke im Innenbereich vergünstigt zur Verfügung zu stellen. Die
340 Gemeinden verfügen nach wie vor über eigene Flächen, die aber nicht immer
341 zur Verfügung gestellt werden.
 - 342 • Wir werden weiterhin genau prüfen, wo auf bestehenden Gebäuden des
343 Kreiswohnungsverbands aufgestockt und erweitert werden kann, um so
344 schneller neuen Wohnraum zu schaffen.
 - 345 • Wir werden bei der Erschließung größerer Flächen eine Quote einführen, die
346 Bauträger dazu verpflichtet, mindestens auf einem Drittel der Flächen
347 sozialen Wohnraum zu schaffen.
 - 348 • Wir werden den Gebäudebestand des Kreiswohnungsverbands sukzessiv
349 warmmietenneutral energetisch sanieren und zukünftig auf höchste
350 energetische und ökologische Standards beim Neubau setzen. So halten wir
351 die Mieten in diesen Gebäuden dauerhaft günstig, weil die Energiekosten
352 unabhängiger von den Energiepreisen werden.
- 353 Wir sehen weiterhin den Kreiswohnungsverband verstärkt in der Pflicht, neue aber
354 notwendige Aufgaben der Zukunft wahrzunehmen. Wir werden daher
- 355 • Die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern, Senioren-WGs, familiengerechtem
356 sozialen Wohnungsbau, kostengünstige barrierefreie Wohnangebote für Ältere
357 als Teil des Aufgabenbereichs des Kreiswohnungsverbands etablieren.
 - 358 • Verstärkt kreative Lösungen für neue Quartiere suchen, um diese nachhaltig
359 und klug zu planen, beispielsweise durch gemeinsame Gärten, neue
360 Verkehrskonzepte und die Integration von Mehrgenerationenhäusern. Auch bei
361 dieser Entwicklung muss der Kreiswohnungsverband beteiligt werden.

A5 - OrtsentwicklungNEU2 Gemeinsam für ein gutes Zusammenleben in unseren Kommunen

Antragsteller*innen:

Text

362 Uns Grünen ist die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden wichtig. Ein
363 friedliches Miteinander in einer lebenswerten Gemeinde, mit der sich alle
364 BürgerInnen identifizieren können, ist unser Ziel. Voraussetzung dafür ist eine
365 aktive Stadt- und Ortskernentwicklung, von der alle Bürgerinnen und Bürger, alle
366 Schichten und Altersklassen profitieren.

367 Wir Grünen setzen uns daher ein für:

- 368 • die Schaffung von Begegnungsräumen für die BürgerInnen durch eine aktive
369 Stadt- und Ortskerngestaltung, an deren Entwicklung die BürgerInnen aktiv
370 mitbeteiligt sind. Damit soll auch der zunehmenden Vereinsamung, die mit
371 einer wachsenden Anzahl von Single- und Seniorenhaushalten einhergeht,
372 vorgebeugt werden.
- 373 • ein gesundes Klima in den Ortschaften. Grünflächen, Frischluftschneisen
374 zwischen den Wohnvierteln, Naherholungsflächen und Gärten sorgen nicht nur
375 für frische Luft, sondern sind Mittel gegen die Versteinerung und
376 Aufheizung unserer Gemeinden. Die Gestaltung der öffentlichen Flächen
377 durch naturnahe Bepflanzungen mit einheimischen Arten soll für die
378 Gestaltung der Privatgärten Vorbildcharakter haben. Mit dem Verzicht auf
379 den Einsatz chemisch-synthetischer Herbizide auf kommunalen Flächen geben
380 die Gemeinden ein Vorbild für die BürgerInnen.
- 381 • die Aufwertung des lokalen Einzelhandels als Nahversorgung für alle
382 Generationen und der Dienstleistungsbetriebe durch gezielte
383 Wirtschaftsförderung. Bei uns finden lokale Unternehmen und
384 ExistenzgründerInnen eine geeignete Infrastruktur, was Verkehrsanbindung
385 und Netzversorgung angeht. Nutzung von Leerständen und Förderung von
386 Existenzgründungen erleichtern Unternehmen den ersten Schritt, in unserer
387 Region aktiv zu werden.
- 388 • Anreize zur Niederlassung von medizinischen Praxen sorgen dafür, dass auch
389 in Zukunft eine ausreichende medizinische Versorgung vor Ort
390 sichergestellt ist. Auch das lokale pflegerische Angebot für
391 hilfsbedürftige Menschen muss dem steigenden Bedarf quartiernah angepasst
392 werden. Dazu sind zukunftsweisende Konzepte erforderlich, die wir
393 entwickeln wollen.
- 394 • attraktive Angebote für Kultur, Sport und Freizeit, die unsere Orte
395 lebenswert machen und das Verständnis zwischen den Generationen und
396 Kulturen fördern. Dabei kommt der Stärkung von ehrenamtlichen Aktivitäten
397 eine besondere Bedeutung zu, die wir anerkennen und wertschätzen. Die
398 Einführung der Ehrenamtskarte war ein erster Schritt und ist ausbaufähig.
- 399 • die menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden und Integration
400 anerkannter AsylbewerberInnen ins kommunale Leben. Wir beziehen die

401 EinwohnerInnen durch breit angelegte Infoveranstaltungen ein, wenn es um
402 Unterbringung von Asylsuchenden in der Kommune geht. Damit das friedliche
403 Miteinander gelingen kann, fördern wir ehrenamtliche Aktivitäten, die die
404 Integration von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus den
405 unterschiedlichen Nationen stärken. Dem Sport kommt hier eine besondere
406 Bedeutung zu. Wir wollen insbesondere kleine ehrenamtliche Initiativen und
407 Vereine direkt unterstützen, die sich für die Integration von Menschen in
408 unsere Gesellschaft einsetzen, indem wir auf Kreisebene einen Topf
409 schaffen, aus dem unbürokratisch Gelder für kleine Einzelmaßnahmen, wie
410 die Beschaffung von Büchern oder Ersatzteilen für Fahrräder, beantragt
411 werden können.

412 • Weiterentwicklung von Mobilitätskonzepten, die allen
413 VerkehrsteilnehmerInnen gerecht werden. Tempo 30 auf allen Straßen in den
414 Ortskernen und barrierefreie Zugänge zu den öffentlichen
415 Nahverkehrsmitteln sind Voraussetzung für eine gleichberechtigte
416 Straßennutzung aller Verkehrsteilnehmer in geschlossenen Ortschaften.

417 • Ausbau schneller Internetverbindungen. Er ist für den Erfolg der örtlichen
418 Gewerbetreibenden genauso wichtig, wie für die private Nutzung. Dieser
419 nach wie vor an Bedeutung zunehmende, mittlerweile unverzichtbare,
420 Standortfaktor soll durch einen zügigen Glasfaserausbau flächendeckend
421 gesichert werden, wie dies derzeit angestrebt wird.

422 • den Ausbau frei und offen nutzbarer W-LAN Zugangspunkte im Kreis an
423 öffentlichen Einrichtungen (Schwimmbädern, Gemeindeverwaltungen,
424 öffentliche Plätze) durch gemeinnützige Organisationen wie z.B.
425 „Freifunk“. Diese sollen durch die Verwaltung bestmöglich z.B. durch das
426 Zurverfügungstellen von kostenlos nutzbaren Internetzugängen unterstützt
427 werden.

A6 - MobilitätNEU2 Zusammen für mehr Rückenwind für die Mobilität der Zukunft im Kreis

Antragsteller*innen:

Text

428 Wenn wir die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen, müssen wir Mobilität
429 neu denken. Zudem müssen wir die vorhandene Infrastruktur in einem sehr guten
430 Zustand erhalten. Lange Jahre wurde viel fast ausschließlich für den Autoverkehr
431 im Kreis getan. Der Abriss der Hochstraße Nord wird uns, vor allem aber
432 AutopendlerInnen, vor massive Herausforderungen stellen. Der Klimawandel
433 schreitet voran und dazu trägt auch unsere umwelt- und klimaschädliche Mobilität
434 bei. Und viele Menschen wünschen sich Wohn- und Lebensorte, die ruhig und sicher
435 sind, in denen Kinder auf der Straße spielen können und alle Verkehrsteilnehmer
436 respektvoll miteinander umgehen. Viele dieser Fragen lassen sich lösen. Dazu
437 brauchen wir kluge und mutige Konzepte und Menschen, die diese auch umsetzen.

438 Wir GRÜNE wollen allen Menschen im Kreis eine klimafreundliche, stressfreie und
439 menschenfreundliche Mobilität ermöglichen. Dazu werden wir den ÖPNV stärken, den
440 Kreis fahrradfreundlich machen und alternative Mobilitätsformen ausbauen. In den
441 Kommunen werden wir die Infrastruktur so umbauen, dass sie für die Menschen, und
442 nicht für die Autos gemacht ist.

443 Um die Mobilität im Kreis voranzubringen werden wir:

- 444 • Ein Mobilitätskonzept im Kreis erstellen, das uns Leitlinie für die
445 kommenden Jahre sein soll und dessen vorrangiges Ziel es ist, umwelt- und
446 klimaschonende Mobilität zu fördern.
- 447 • Möglichkeiten finden, wie E-Car-Sharing kostendeckend im Kreis
448 realisierbar ist. Dafür werden wir Gespräche mit Vereinen, BürgerInnen und
449 Initiativen führen. Vorstellbar wäre ein Modell, bei dem Vereinen mit E-
450 Car-Sharing ein Vereinsauto zur Verfügung steht, das Auto als Bürgerauto
451 für ältere Menschen genutzt wird und ansonsten für Alle zur Verfügung
452 steht.
- 453 • Bike-Sharing gemeinsam mit VRN-Nextbike im Kreis testen.
- 454 • Das Netz an E-Ladestationen für Autos und Fahrräder ausbauen.
- 455 • Durch Verkehrszählungen und reale Messungen eine Grundlage für wirksame
456 Maßnahmen gegen Verkehrslärm schaffen.
- 457 • In den Orten einen Straßenraum schaffen, der alle VerkehrsteilnehmerInnen
458 berücksichtigt und Sicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen
459 schafft.

460 Für den Radverkehr werden wir:

- 461 • Ein Radverkehrskonzept erstellen und für dessen Umsetzung einen
462 Radverkehrsbeauftragten einsetzen.
- 463 • Den Radschnellweg Ludwigshafen-Schifferstadt beschleunigen, einschließlich
464 einer Verlängerung nach Neustadt über Böhl-Iggelheim und nach Speyer,

- 465 sowie weitere Radschnellwege konkret planen, wie von Ludwigshafen nach
466 Worms und etwa entlang der Rhein-Haardt-Bahn nach Bad-Dürkheim.
- 467 • Eine Bestandsaufnahme aller Radwege durchführen und die Lücken im Radwege-
468 und Radroutennetz schrittweise schließen, sowohl außerhalb der Ortschaften
469 als auch in den Ortschaften. Die Qualität der Radwege werden wir
470 schrittweise verbessern.
 - 471 • Die Beschilderung für Radfahrer im Kreis entsprechend der Vorgaben des
472 Landes flächendeckend ausbauen.
 - 473 • Neu zu bauende Radwege- und Radrouten nach den hohen Qualitätsstandards
474 der „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ bauen und so verkehrssichere
475 Radwege garantieren.
 - 476 • Radwege verstärkt getrennt von Landwirtschaftswegen führen, um eine
477 ganzjährige problemlose und konfliktfreie Nutzung zu ermöglichen.
 - 478 • Für die Pflege der Radwege im Sommer und Winter gemeinsam mit den
479 Landwirten, Kommunen und Radverbänden einen Runden Tisch gründen und
480 Richtlinien für die Pflege entwickeln.
 - 481 • Ein Konzept für Radparkhäuser an Knotenpunkten des ÖPNV und SPNV für den
482 gesamten Kreis entwickeln und bedarfsgerecht sichere und attraktive
483 Radparkhäuser für PendlerInnen bauen.
 - 484 • Uns für die jederzeit kostenfreie Möglichkeit zur Mitnahme von Rädern in
485 den Bussen und Straßenbahnen des Kreises einsetzen.
 - 486 • Einen online-Mängelmelder, nicht nur für Radwege, einführen, mit dem
487 schnell und komfortabel Probleme an die zuständige Stelle gemeldet werden
488 können.
 - 489 • Den Kreis und die Kommunen als fahrradfreundliche Kommune zertifizieren
490 lassen und an der Aktion Stadtradeln des Klimabündnisses teilnehmen.
- 491 Für einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir:
- 492 • Eine Taktverbesserung auf gut ausgelasteten Strecken realisieren.
 - 493 • Alle Gemeinden im Kreis mit möglichst hoher Taktdichte an den nächsten S-
494 Bahnhof oder Bahnhof der Rhein-Haardt-Bahn anbinden.
 - 495 • Die Gemeinden besser miteinander verbinden, auch mit Ruf-Taxiverkehr.
 - 496 • uns wie bereits seit Jahrzehnten für neue Straßenbahnen im Kreis
497 einsetzen, so auch für eine Straßenbahn von Ludwigshafen über Maudach nach
498 Mutterstadt und Dannstadt-Schauernheim sowie über Neuhofen nach Waldsee.
 - 499 • Mindestens zwei neue Buslinien tangential zu den Bahnlinien einführen. Von
500 der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim über Maxdorf und Dannstadt-

- 501 Schauernheim nach Schifferstadt und von Oggersheim über Mutterstadt nach
502 Limburgerhof.
- 503 • Den Nahverkehrsplan im Kreis regelmäßig gemeinsam mit den BürgerInnen
504 weiterentwickeln und so die Grundlage für eine Mobilität der Zukunft
505 legen.
 - 506 • In die Elektromobilität im ÖPNV im Kreis einsteigen.
 - 507 • Alle Busse im Kreis mit W-Lan ausstatten.
 - 508 • Die Anbindung über den Rhein von Altrip nach Mannheim mit einer
509 regelmäßigen Buslinie deutlich verbessern.
 - 510 • Den Nahverkehr im Kreis bis 2022 mit deutlich mehr Engagement, als das
511 bisher getan wurde, barrierefrei ausbauen. Dazu gehört für uns auch das
512 Umfeld von Haltestellen, einschließlich Echtzeitanzeigen an Knotenpunkten
513 und eine gute Beschilderung.
 - 514 • Wir fordern, dass der Rhein-Pfalz-Kreis als Mitglied im VRN sich für die
515 Einführung eines Sozialtickets für Geringverdiener (Arbeitslosengeld II-
516 Empfänger, Asylsuchende, ...) im Verkehrsverbund Rhein-Neckar stark macht,
517 sodass Mobilität nicht mehr am Geldbeutel scheitern muss.
 - 518 • Um den ÖPNV insbesondere während der Bauzeit der Hochstraße Nord attraktiv
519 zu machen, gemeinsam mit dem VRN darüber verhandeln, wie die Preise von
520 Jahrestickets auf zwei Euro pro Tag (730 Euro im Jahr) und schrittweise
521 auf einen Euro pro Tag (365 Euro im Jahr) gesenkt werden können. Wir
522 können uns hierzu zunächst eine befristete Lösung im Sinne eines
523 Pilotprojekts vorstellen. Damit muss eine Taktverdichtung und vor allem
524 eine Qualitätsverbesserung (Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit) des ÖPNV
525 einhergehen. Wir sehen dadurch entstehende Mehrkosten als Investition in
526 eine klima- und pendlerfreundliche Region und in attraktive und
527 lebenswerte Orte.

A7 - Klima und UmweltNEU2 Zusammen für eine engagierte Klima- und Umweltpolitik im Kreis

Antragsteller*innen:

Text

528 Der Umwelt- und Klimaschutz ist eine der existentiellen Fragen der Zukunft. Als
529 Menschheit sind wir auf intakte Lebensgrundlagen auf unserer Erde angewiesen.
530 Wir GRÜNE stehen seit unserer Gründung für eine konsequente und engagierte
531 Umwelt- und Klimapolitik. Und dieses Engagement ist heute umso wichtiger, wie
532 uns das letzte Jahr mit seinen Wetterextremen zeigt. Der Verlust der
533 Artenvielfalt ist eine konkrete Bedrohung unseres Lebens auf dieser Erde. Dem
534 treten wir entschieden und kraftvoll entgegen. Wir setzen uns daher konkret
535 dafür ein:

536 Den Klimawandel bekämpfen

- 537 • Wir wollen unser bereits bestehendes Klimaschutzkonzept konsequent und
538 verbindlich umsetzen. Dafür müssen die Ziele verbindlich gemacht werden,
539 die Zielerreichung jährlich kontrolliert werden und ein entsprechendes
540 Budget zur Verfügung stehen. So wollen wir den Klimaschutz zur Priorität
541 im Kreis machen.
- 542 • Auf der Basis des Klimaschutzkonzepts werden wir mithilfe eines
543 Klimaschutzmanagers/einer Klimaschutzmanagerin die Energiewende vor Ort
544 gemeinsam mit Vereinen und Initiativen und dem Handwerk vorantreiben.
- 545 • Auf allen Gebäuden des Kreises, vom Hallenbad bis hin zum
546 Verwaltungsgebäude, die Sonnenenergie für die Wärme- und Stromerzeugung
547 nutzen. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und gut für das Klima.
- 548 • Wir setzen uns für die Einführung eines kostenlos nutzbaren, interaktiven
549 Solarkatasters im Kreis ein, mit dem BürgerInnen die Eignung von Dach- und
550 Fassadenflächen für die Gewinnung von Solarenergie unter Berücksichtigung
551 ihrer individuellen Energiebedarfe und der Wirtschaftlichkeit prüfen
552 können.
- 553 • Wir werden alle kommunalen Neubauten in der Passivhausbauweise bauen um so
554 dauerhaft Kosten einzusparen und das Klima zu schützen.
- 555 • Wir werden die Wärmewende vor Ort endlich voranbringen und schaffen
556 Nahwärmenetze, Quartierskonzepte und begleiten das mit einem
557 Sanierungsmanagement.
- 558 • Die Mobilität der Verwaltung wollen wir durch Diensträder, E-Bikes, E-
559 Carsharing und die Nutzung von Jobtickets erweitern; Neuanschaffungen von
560 Dienstwagen sollen emissionsarm sein – langfristig wollen wir eine
561 klimaneutrale Kommunalverwaltung.
- 562 • Wir werden Mitglied bei der Initiative „Klimabündnis“, in der für den
563 Klimaschutz engagierte Kommunen zusammenarbeiten. So können wir von
564 anderen Kreisen und Kommunen lernen und deutlich besser in Sachen
565 Klimaschutz werden.

566 Für eine gerechte und nachhaltige Müllpolitik

567 • Wir brauchen eine Qualitätsoffensive beim EBA (Eigenbetrieb
568 Abfallwirtschaft Rhein-Pfalz-Kreis). Natürlich wollen wir bezahlbare
569 Müllgebühren, aber wir denken, dass es sowohl im Sinne der Umwelt als auch
570 unseres Geldbeutels das Beste ist, wenn wir bei unseren Verwertern auf
571 hohe Standards achten und auch entsprechend ausschreiben. Echtes Recycling
572 muss Vorrang haben vor Downcycling. Wir GRÜNE werden uns deswegen dafür
573 einsetzen, dass der Kreis ein Konzept für einen kreisweiten, möglichst
574 geschlossenen Ressourcenkreislauf in Auftrag gibt und dass wir dieses
575 Konzept in Kooperation mit den Verwertungsunternehmen, vor allem natürlich
576 mit denen, die auch im Kreis Gewerbesteuer zahlen, Schritt für Schritt
577 umsetzen.

578 • (Hier Text von Elias zu Plastikmüllvermeidung / keine Einwegbecher)

579 Für die Sicherung unserer Existenzgrundlagen

580 • Wir setzen uns u.a. für eine Grünbrücke bei Schifferstadt über die A61,
581 sowie eine Grünbrücke über die B9 ein, die die Vernetzung der Lebensräume
582 wieder möglich machen. Denn die A61 und die B9 zerschneiden ökologisch
583 wertvolle Gebiete, durch Autobahn und Bundesstraße wird der Pfälzer Wald
584 von den Rheinauen getrennt und damit jeglicher Austausch bodengebundener
585 Tierarten unterbunden. Tiere, die es dennoch versuchen, bezahlen oft mit
586 ihrem Leben.

587 • Wir setzen uns für ein kreisweites Konzept zum Erhalt der Artenvielfalt
588 ein, eine kommunale Biodiversitätsstrategie. Dieses wollen wir gemeinsam
589 mit dem Umweltschutzbeirat des Kreises entwickeln und vor allem
590 schrittweise umsetzen. Dafür werden wir auch ausreichend Geld zur
591 Verfügung stellen.

592 • Wir nutzen Flächen, die sowieso da sind, sogenannte Eh-Da-Flächen, und
593 werten diese biologisch so auf, dass darin Wildbienen und Bienen und
594 andere Insekten eine Heimat finden. So schützen wir die Biodiversität
595 konkret vor Ort. Das gilt generell für die insektenfreundliche Bepflanzung
596 öffentlicher Flächen. Im Kreis betrifft dies beispielsweise das Grün
597 entlang von Straßen.

598 • Wir setzen uns dafür ein, Mitglied im Bündnis „Kommunen für biologische
599 Vielfalt“ zu werden, in dem Kommunen zusammengeschlossen sind, die sich
600 für den Erhalt der Artenvielfalt einsetzen. So können wir voneinander

- 601 lernen und ein erkennbares Zeichen setzen, wie wichtig uns dieses Thema
602 ist.
- 603 • Wir werden Information zur insektenfreundlichen Bepflanzung von Balkonen
604 und Gärten zur Verfügung stellen, idealerweise in Zusammenarbeit mit den
605 Naturschutzverbänden, lokalen Gartenbaubetrieben und dem Pflanzenhandel.
 - 606 • Text von Elias: Wettebewerb: „Gärten der Artenvielfalt“ in unregelmäßigen
607 Abständen mit Preis auszeichnen
 - 608 • Text von Elias: Personelle Ressourcen für untere Naturschutzbehörde und
609 Vernetzung von Biotopen und Trittsteinvernetzung
 - 610 • Gemeinsam mit Eine-Welt Initiativen und den Schulen im Kreis wollen wir
611 Fair-Trade-Kreis werden und damit deutlich machen, dass unsere
612 Verantwortung für Mensch und Umwelt nicht an unserer Kreisgrenze halt
613 macht.
 - 614 • Dazu gehört für uns auch, dass wir ein nachhaltiges Vergabeverfahren im
615 Kreis und den Kommunen entwickeln. Nach dem Vorbild der Stadt Mainz und
616 vieler anderer Kommunen wollen wir Kriterien entwickeln, wie wir zukünftig
617 Aufträge vergeben, wie beispielsweise ausschließlich Recyclingpapier zu
618 kaufen und bei der Beschaffung von Elektrogeräten auf den Lebenszyklus zu
619 achten.
 - 620 • Politik sollte im Sinne des Gemeinwohls arbeiten. Dazu verpflichtet uns
621 das Grundgesetz. Wir wollen diese Idee mithilfe der Gemeinwohlökonomie-
622 Bewegung konkret umsetzen und streben an, Gemeinwohlregion zu werden. Als
623 ersten Schritt wollen wir dabei den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft als
624 Gemeinwohlökonomie Unternehmen zertifizieren.
- 625 Für einen klugen Umgang mit Hochwassern
- 626 • Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Auenwald im Landkreis stärker
627 geschützt und seine forstwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt wird. Eine
628 Ausweisung als Waldrefugium im Rahmen der Planung der Landesregierung ist
629 wünschenswert.
 - 630 • Deichrückverlegungen als Maßnahmen des Hochwasserschutzes mit einer
631 natürlichen Überflutung der Aue sollen dort erfolgen, wo sie für Mensch
632 und Natur gefahrlos möglich sind.
 - 633 • Polder wie der bereits fertiggestellte Polder in Meckersheim sind an
634 geeigneten Stellen sinnvolle Maßnahmen im Rahmen des länderübergreifenden
635 Hochwasserschutzes. Polder eignen sich jedoch nicht für alle Standorte.
636 Den geplanten Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen lehnen wir ab, weil bei
637 seiner Planung Umweltaspekte, insbesondere der Schutz seltener Tierarten
638 und die Sicherheitsaspekte der Altriper Bevölkerung im Katastrophenfall in
639 der Planung nicht ausreichend berücksichtigt sind.
 - 640 • Die Erkundungsbohrung nach Erdöl in Otterstadt lehnen wir ab. Wir wollen
641 aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen und keine neuen
642 Lagerstätten mehr erschließen, weder bei Braunkohle noch bei Öl. Der

643

Bohrplatz in Otterstadt ist besonders ungeeignet, da er sehr nahe an der Wohnbebauung und in einer biologisch wichtigen Vernetzungsachse liegt.

644